

Ausbrecher werden als Helden gefeiert

Kürzlich sind in Solothurn gleich vier Häftlinge entwichen – in der Schweiz kommt das erstaunlich oft vor

DANIEL GERNY

Lange hält es der Mann hinter den Mauern der Strafanstalt Bochuz im Kanton Waadt nicht aus. Am 31. Mai 1995 – vor genau dreissig Jahren – kehrt er von einem Hafturlaub nicht zurück, der ihm wegen guter Führung gewährt wird. Die gegen ihn ausgesprochenen Strafen halte der Häftling für menschenrechtswidrig, die Strapazen im Gefängnis für zu gross, weshalb er sich entschlossen habe, sich «erholungshalber von der Resozialisierung» abzusetzen. So vermeldet es die Nachrichtenagentur SDA, gestützt auf ein 10-seitiges Pamphlet, das der Mann nach seinem Entkommen an mehrere Redaktionen versendet hat.

Es ist die letzte Flucht von Walter Stürm, der den Gefängnisausbruch in dieser Zeit zur freihetlichen Grosstat, ja zur Kunstform erhebt. Als er Ende der 1970er Jahre in Regensdorf in strikter Einzelhaft sitzt, avanciert der im Grunde unpolitische Stürm zu einer Symbolfigur der bewegten Jugend. Achtmal türmt Stürm bis zu jenem Maitag 1995, was ihm die Bezeichnung «Ausbrecherkönig» einbringt. Der Adelstitel ist kein Zufall: Seine Ausbrüche machen Stürm zur bewunderten Ausnahmefigur – obwohl er als krimineller Dutzende von Straftaten begeht.

«Bin beim Ostereiersuchen»

Stürm geniesst als eine Art böser Held, der trotz den Widrigkeiten des «Systems» für seine Freiheit kämpft, bis in die Mitte der Gesellschaft Anerkennung. Auch in der Schweiz, einem Land mit funktionierendem Rechtsstaat, werden Strafvollzugsanstalten oft als Symbole von Repression und Autorität wahrgenommen. Dies besonders, wenn der Gefangene charismatisch oder moralisch überlegen erscheint. Das trifft auf Stürm zu: Schon bei seiner ersten Flucht in der Karwoche des Jahres 1981 hinterlässt er eine Notiz, die ihn von da an zum Sympathieträger macht: «Bin beim Ostereiersuchen, Stürm.»

In Wirklichkeit sind Ausbrüche meist unspektakulär. In der Schweiz entweichen im europäischen Vergleich sogar überdurchschnittlich viele Häftlinge. Laut einer Studie des Europarats von 2022 verzeichnet das Land von vierzig europäischen Ländern die höchste Fluchtquote: Pro 10 000 Insassen fliehen hierzulande laut der Studie rund 440 Personen, fast doppelt so viele wie im zweitplatzierten Finnland. So setzten sich auch vergangene Woche vier mutmassliche Einbrecher im Kanton Solothurn aus der Untersuchungshaft in die Freiheit ab. Sie sollen



Sympathiekundgebung für den geflohenen Walter Stürm vor der Strafanstalt Regensdorf (Aufnahme vom 13. Dezember 1980). KEYSTONE

ein Loch in einen Maschendrahtzaun geschnitten haben, als sie in den Gemeinschaftsräumen unbeaufsichtigt waren.

Obwohl der Gefängnisausbruch in der Populärkultur für den Widerstand gegen ein unfaires System steht, deuten die Zahlen in der Europarats-Studie trotz hoher Fluchtquote für die Schweiz allerdings eher auf das Gegenteil hin: Die Anzahl der Gefangenen ist vergleichsweise tief. Dafür hat die Schweiz viele Personen im offenen Vollzug, wo es mehr Freiheiten gibt und die Schwelle zur Flucht geringer ist. Tatsächlich entweichen die meisten Gefangenen aus einer offenen Einrichtung. Und häufig handelt es sich nicht um eine echte Flucht, sondern etwa um eine Verspätung bei der Rückkehr nach dem Urlaub.

Echte Ausbrüche aus einer geschlossenen Abteilung oder Anstalt sind selten, dauerhaft erfolgreiche sind sogar die grosse Ausnahme. Im letzten Jahr gab es laut Bundesamt für Statistik nur gerade elf Ausbrüche aus geschlossenen Anstalten, wobei nur eine einzige Person Ende des Jahres nicht wieder gefasst war. Zehn Personen kehrten innert einer Woche freiwillig zurück oder wurden von der Polizei verhaftet. Auch für die Solothurner Ausbrecher sind die statistischen Er-

folgchancen gering: In den letzten fünf Jahren gelang es niemandem, aus der U-Haft zu entkommen, ohne wieder aufgegriffen zu werden. Den glorreichen Ausbrechern geht es wie allen anderen Helden: Im wahren Leben sind sie selten.

Das Entweichen aus dem Vollzug hat mitunter sogar schlimme Folgen. Im letzten Sommer tötete ein psychisch kranker Straftäter in Basel eine Frau, nachdem er nicht vom Freigang aus dem Massnahmenvollzug zurückgekehrt war. Zehn Jahre zuvor hatte der Mann bereits zwei Tötungsdelikte begangen, die in Basel regelrechte Schockwellen ausgelöst hatten. Er wurde deswegen zu einer stationären Massnahme verurteilt, nachdem ihn das Gericht zuvor für schuldunfähig erklärt hatte. Im Quartier herrschte deshalb Angst. Erst am anderen Tag konnte der Mann festgenommen werden.

Wunsch nach mehr Sicherheit

Die Flucht verliert in solchen Fällen jeden Anflug von Heroismus. Im Gegenteil: Sie wird zum Sinnbild für einen schwachen Staat mit lascher Justiz. Der Wunsch nach mehr Sicherheit hat das Sanktionensystem im schweizerischen Strafrecht in den letzten dreissig Jahren bezeich-

nerweise stärker geprägt als alles andere. Er erreichte mit der Annahme der Verwahrungsinitiative vor zwanzig Jahren den Höhepunkt. Auch die Struktur der Anstalten hat sich in dieser Zeit verändert. Kleinere Einrichtungen verschwinden, dafür werden grössere in Betrieb genommen, die mehr Sicherheit und spezialisierte Betreuung bieten. Die Anzahl der Justizvollzugsanstalten sank zwischen 1995 und 2022 von über 150 auf 89.

Pikanterweise steigern höhere Sicherheitsstandards und härtere Haftbedingungen allerdings die subversive Freude am Ausbruch, zumindest in der Medien- und Unterhaltungswelt. Ein gekonnter Ausbruch aus einem sicheren Gefängnis gilt als komplexe, schlau und gut durchdachte sowie technisch anspruchsvolle Aktion. Sie erfordert Intelligenz, Ausdauer und Planung – ein zweiter Grund für die Faszination. Selten wurden Finesse und Entschlossenheit besser inszeniert als bei der Verfilmung des berühmten Ausbruchs aus dem Hochsicherheitsgefängnis Alcatraz im Jahre 1962. Der Film mit Clint Eastwood hat stark dazu beigetragen, dass die drei Ausbrecher beinahe Volkshelden-Status erhalten haben – und das Genre der Prison-Break-Filme aufblühte.

In der Schweiz war es rund hundert Jahre zuvor der Luzerner Johann Thali, der dank seinen kreativen und waghalsigen Ausbrüchen bald den Ruf eines Genies erlangte. Siebenmal entkam der Berufsdieb zwischen 1869 und 1880 aus der Strafanstalt an der Luzerner Baselstrasse. Selbst eine eigens für ihn gebaute «Thalizelle» konnte seinen Drang nicht bremsen. Thali nutzte selbstgebaute Dietriche, Verkleidungen und Kletterpartien, um immer wieder zu entkommen. Dass er die Justiz durch seine wiederholten Fluchten immer wieder blossstellte, macht ihn erst recht zum bewunderten Outlaw.

Vom Wagemut beeindruckt

Das «Luzerner Tagblatt» freute sich ganz offen über Thalis Freiheitsdrang, wie das Onlineportal «Zentralplus» beschreibt. Es empfinde Thali gegenüber gar eine «gewisse Zärtlichkeit». Auch die Bevölkerung war von Thalis Wagemut und seiner Cleverness beeindruckt. Er wurde über Luzern hinaus zum charismatischen Rebellen. Überall und nirgendwo sei er zugleich, ein Gespenst der Moderne, hiess es. 1881 wurden «Thali's wunderbare Befreiungstribe und Gefangennahmen» sogar am Zürcher Sechsläuten zum beliebten Thema für Spöteleien, wie die NZZ damals berichtete.

So führen die bei vielen Menschen vorhandene Sehnsucht nach Freiheit und Abenteuer sowie der Wunsch, denen da oben mit Chuzpe eins auszuweichen, zur mythischen Verklärung. Die Flucht des Bankräubers Hugo Portmann im Jahre 1992 aus dem Tessiner Gefängnis La Stampa beispielsweise war besonders still und schlau: Er erschlich sich das Vertrauen des Gefängnisdirektors und erhielt die Erlaubnis, an einem Berglauf mitzumachen. Auch der Direktor startete zum Lauf. Portmann aber rannte und rannte – ab in die Freiheit. Und die Schweiz konnte sich eine Portion Schadenfreude nicht verkneifen.

Keinem aber gelang ein scheinbar so romantischer Coup wie Hakan Kiko. Kiko, der wegen schwerer Gewaltdelikte sass, entkam mit der Hilfe der Gefängnisaufseherin Angela Magdici, die sich in ihn verliebt hatte. Magdici öffnete nachts seine Zellentür, gemeinsam flohen sie nach Italien. Die Flucht scheiterte zwar – wie dies bei fast allen Ausbruchversuchen der Fall ist: Nach wenigen Tagen wurde das Paar festgenommen. Ihre Beziehung aber überdauerte. Zurück in der Schweiz, heirateten Kiko und Magdici im Gefängnis. Seit seiner Freilassung im Jahr 2023 leben die beiden gemeinsam im Aargau.

Schon 12 von 19 Kantonen wollen Frühfranzösisch abschaffen

2016 hat der Thurgau auf Druck der Landesregierung eingelenkt – reagiert der Bundesrat diesmal schärfer?

CHRISTINA NEUHAUS

Die Studie der Eidgenössischen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren lässt wenig Interpretationsspielraum. Um die Französischkenntnisse in der Schweiz steht es schlecht. In der Westschweiz können die Kinder ihre Muttersprache immer schlechter schreiben, und in der Deutschschweiz verstehen die Hälfte der Schulabgänger keinen einfachen Satz, wenn sie ihn lesen.

Eine Mitschuld an der Sprachmisere trägt – so sieht man es in vielen Kantonen – das Frühfranzösisch. Wie die «Sonntags-Zeitung» schreibt, sind in 12 von 19 Deutschschweizer Kantonen entsprechende parlamentarische Vorstösse pendent oder bereits beschlossen. Erst kürzlich hat der Kanton Appenzell Ausserrhoden entschieden, den Französischunterricht auf Primarstufe abzuschaffen, im Kanton St. Gallen will man nachziehen, und im Kanton Zürich zeichnet sich eine bürgerliche Mehrheit für die Abschaffung ab. Auch im Kanton Aargau hat der Grosse Rat kürzlich entschie-

den, dass Primarschulkinder nur noch Französisch lernen sollen, wenn sie in Deutsch gut genug sind. Wenn nicht, erhalten sie mehr Deutschlektionen.

Der Konsens, der 2004 mit der gemeinsamen Sprachenstrategie der Kantone erzielt wurde, besteht offenbar nur noch auf dem Papier. Knapp zehn Jahre nachdem der letzte Sprachenstreit beigelegt werden konnte, flammt die Diskussion erneut auf.

Stattdessen Frühenglisch

Auslöser des damaligen Krachs war der Kanton Thurgau. Gemeinsam mit einigen anderen Kantonen beschloss er im Jahr 2016, auf Frühenglisch zu setzen. Das überforderte die Kinder weniger und zeige schneller gute Resultate.

Doch damit war der Bundesrat ganz und gar nicht einverstanden. Der damalige Innenminister, Alain Berset, griff ein. Er drohte den Kantonen damit, sie notfalls mittels Sprachengesetz zu zwingen, am Französischen festzuhalten. Wenn es nicht anders gehe, leite er

eine Gesetzesrevision in die Wege, die alle Kantone zur Einführung von Frühfranzösisch verpflichtete.

Nach der Drohung aus Bern ging man im Thurgau über die Bücher und liess von den Plänen ab. Die Schule ist zwar in der Hoheit der Kantone, doch der Bundesrat kann gestützt auf den Bildungsartikel eingreifen. Im Gegenzug zum Einlenken in Frauenfeld vertagte Berset seinen Entscheid. Um ein weiteres Ausscheren zu verhindern, gab er den Ostschweizern aber noch folgenden Rat mit auf den Weg: Der Bundesrat könne und werde eingreifen, falls dies nötig sei, um den Sprachfrieden in der Schweiz aufrechtzuerhalten.

Mittlerweile ist der Protest wieder aufgeflammt, und zwar auch in grossen Kantonen wie Zürich oder dem Aargau. Wie reagiert die heutige Innenministerin, Elisabeth Baume-Schneider? Die Verantwortung für die obligatorische Schule liegt in erster Linie bei den Kantonen, schreibt der EDI-Mediensprecher Christoph Lenz. Die bestehende Strategie und die Koordi-

nation beim Sprachunterricht seien im Rahmen der Erziehungsdirektorenkonferenz wiederholt diskutiert und bestätigt worden. Grundsätzlich nähmen die Kantone ihre Verantwortung beim Sprachunterricht gut wahr.

Jedenfalls sei eine unmittelbare Wirkung auf den Unterricht bis jetzt nicht erkennbar. Dennoch verfolge das Eidgenössische Departement des Innern die Diskussionen um das Frühfranzösisch sehr aufmerksam und stehe dazu auch im regelmässigen Austausch mit den massgeblichen Akteuren.

Eine sanfte Mahnung

Als der Bundesrat die Änderung des Sprachengesetzes 2016 sistiert habe, habe er darauf vertraut, dass die Kantone ihrer Verantwortung weiterhin nachkämen. Dieser Weg habe sich bewährt. Doch: «Sollte der Sprachenkompromiss aber effektiv erodieren, hat der Bund die Möglichkeit, einzugreifen und die Stellung der Landessprachen in der obligatorischen Schule und die Harmo-

nisierung des Unterrichts sicherzustellen.» Für die Schweiz als mehrsprachiges Land sei das Erlernen einer zweiten Landessprache essenziell, eine Harmonisierung des Schulwesens sei wegen der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung zudem von hoher Bedeutung, steht in der Stellungnahme weiter.

Ob die sanfte Mahnung nützt? Seit dem ersten Aufbegehren der Thurgauer 2016 hat sich der Widerstand verstärkt. Kürzlich sagte Dagmar Rösler, die Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz: «Die Resultate sind beunruhigend und ein Hinweis darauf, dass Anpassungen vorgenommen werden müssen.»

Laut Rösler führen die schlechten Leistungen zwangsläufig zu der Frage, ob das Zwei-Fremdsprachen-Modell an der Primarschule noch zeitgemäss ist. Der Lehrerverband sei bereit, sich an einer offenen Diskussion zu beteiligen. Die Überforderung schwächerer Schüler mit vier Hauptfächern – Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch – sei nicht wegzudiskutieren.